



## Die britische Labour Party

New Labour ist nicht mehr an der Macht

**PATRICK DIAMOND**

Oktober 2010

- Seit Mitte der 1990er Jahre verzeichnete Labour mit drei aufeinander folgenden Wahlsiegen den größten Erfolg ihrer Geschichte. Obwohl die Partei deutlich an Einfluss gewonnen hat, besteht eine grundsätzliche Debatte darüber, inwiefern es den Sozialdemokraten als Regierungspartei gelungen ist, das Land zu reformieren und das institutionelle Erbe des Thatcherismus zu überwinden.
- Die politische Landschaft Großbritanniens hat sich mit der Bildung einer Mitte-Rechts-Allianz aus *Conservatives* und *Liberal Democrats* infolge der Wahl 2010 gewandelt. Experten gehen davon aus, dass auch in Zukunft Regierungskoalitionen gebildet werden müssen, um die Mehrheit im Parlament zu stellen.
- In welche Richtung wird sich »New« Labour nach der Wahlniederlage entwickeln? Einerseits benötigen die britischen Sozialdemokraten eine Strategie, die ihre Werte und Visionen widerspiegelt. Andererseits muss die Partei ihre Regierungsarbeit evaluieren und sich mit der Kritik der Wähler an getroffenen Entscheidungen auseinandersetzen.
- Die Krise konfrontiert die Sozialdemokratie mit neuen Aufgaben und der Wichtigkeit, kollektive Interessen zu fördern und die Macht der Eliten einzudämmen. Sozialdemokraten müssen sich für einen verlässlichen Staat einsetzen, der die immer komplexeren Prozesse der globalisierten Gesellschaft und Wirtschaft zunehmend reguliert.



## Inhalt

<b>Überblick: British Labour Party (LP)</b> .....	<b>2</b>
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Aktuelle Situation</b> .....	<b>3</b>
<b>3. Die Leistungen der Labour Party als Regierungspartei</b> .....	<b>4</b>
<b>4. Das langsame Sterben der britischen Sozialdemokratie?</b> .....	<b>6</b>
<b>5. New Labour: Gibt es ein Leben nach dem Tod?</b> .....	<b>7</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>12</b>



## Überblick: British Labour Party (LP)

<b>Offizielle Webseite:</b>	www.labour.org.uk
<b>Name des Parteivorsitzenden:</b>	Rt. Hon. Harriet Harman
<b>Geschichtlicher Überblick:</b>	Gegründet von Keir Hardie im Jahr 1900. Die Partei wurde 1924 erstmals im Rahmen einer Minderheitsregierung gewählt und regierte mit Ramsey MacDonald als Premierminister bis 1929. Die erste Regierung unter Labour-Führung wurde 1945 gewählt.
<b>SI und SPE Mitgliedschaft:</b>	SI und SPE Mitglied
<b>Parteimitglieder:</b>	2010: 190 000 Mitglieder. 1997: 405 000 Mitglieder Seit den Wahlen im Mai 2010 haben sich 15 000 Neumitglieder der Partei angeschlossen.
<b>Wahlergebnis nationale Wahlen:</b>	2010: 29,1% der Wählerstimmen (258 MPs), Opposition 2005: 35,6% Wählerstimmen (356 MPs), Regierung 2001: 41,2% Wählerstimmen (415 MPs), Regierung 1997: 44,0% Wählerstimmen (418 MPs), Regierung
<b>Wahlergebnis Europawahlen:</b>	2009: 15,6% Wählerstimmen 2004: 22,6% Wählerstimmen 1999: 26,8% Wählerstimmen 1994: 44% Wählerstimmen
<b>Regierungsbeteiligung:</b>	Seit 2010: Opposition 1997-2010: Regierung; Regierungsoberhaupt: Tony Blair (1997–Juni 2007), Gordon Brown (Juni 2007–2010)

## 1. Einleitung

Trotz der Wahlerfolge der *Labour Party* ab Mitte der 1990er Jahre stellen sich seitdem wichtige Fragen über ihre gesamtstrategische Richtung als Partei der Macht. Es geht dabei zum einen darum, die *Labour Party* als Oppositionspartei in der britischen Politik zu positionieren und zum anderen darum, die Partei in Bezug auf die beiden Pole Europa und die Vereinigten Staaten zu verorten.

Ab Mitte der 1990er Jahre konnte die *Labour Party* die am längsten anhaltende Periode von Wahlerfolgen in ihrer Geschichte verzeichnen. Bis 1997 war *Labour* jeweils nur für kurze Intervalle an der Regierung gewesen, da die Konservativen in der britischen Politik des 20. Jahrhunderts so etwas wie eine Wahlhegemonie besaßen. Lediglich in den Jahren 1945 bis 1951 und 1964 bis 1970 konnte *Labour* als Regierungspartei eine nachhaltige Wirkung auf das Land ausüben. Nach 1997 triumphierte die sogenannte *New Labour* jedoch bei drei aufeinanderfolgenden Parlamentswahlen.

Trotz dieser Erfolge von *New Labour* ist unter den Progressiven in der britischen Politik eine umfangreiche Debatte darüber im Gang, ob *Labour* dem Land ein institutionelles Vermächtnis hinterlassen hat, das dem der Nachkriegsregelungen von 1945 ähnelt. Kritiker behaupten, dass die Errungenschaften durch die Duldung des Neoliberalismus beeinträchtigt worden seien und dass während der Regierungsjahre von *New Labour* zu wenig dafür getan worden sei, den politischen Auseinandersetzungen eine andere Richtung zu geben.

Dagegen argumentieren die Anhänger von *New Labour*, dass die Partei die Mitte-Rechts-Kräfte in Großbritannien dazu gezwungen habe, sich einer sozialdemokratischen Agenda anzupassen. Das Thatcher-Erbe sei unter David Cameron abgelegt worden, um den Konservativen die Chance zu eröffnen, wieder zu einer Regierungspartei zu werden. In Großbritannien könne keine Partei mehr eine Wahl gewinnen, die sich zu einem rechtsgerichteten politischen Programm bekenne. Daher sei der größte Triumph von *New Labour*, die politische Mitte in der britischen Politik neu definiert zu haben.

Mit den Parlamentswahlen von 2010 und der Bildung einer Mitte-Rechts-Allianz zwischen den Konservativen und Liberaldemokraten hat sich die britische Politikland-

schaft jedoch verändert. Großbritannien hat jetzt ein Mehrparteiensystem; der gemeinsame Stimmenanteil von Konservativen und *Labour* war noch nie so niedrig. Trotz des britischen Mehrheitswahlrechts ist es jetzt für beide Parteien schwerer, die absolute parlamentarische Mehrheit zu gewinnen. Vermutlich wird die britische Politik mit Regierungen, die sich durch Koalitionen und Abkommen zur Machtteilung bilden, in Zukunft pluralistischer. Das traditionelle Schema britischer Politik wurde jetzt entscheidend aufgebrochen, was erhebliche strategische Auswirkungen auf die britische *Labour Party* hat.

*New Labour* beruhte auf der Verschmelzung von Ideen und Ideologien aus der amerikanischen fortschrittlichen Tradition, die mit der europäischen Sozialdemokratie in Einklang gebracht wurden. Das Ziel war, in Großbritannien eine angloamerikanische Orientierung auf Wirtschaftseffizienz und Markt deregulierung mit dem starkem sozialen Schutz und dem Ziel sozialer Gerechtigkeit der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten zu verbinden.

Bei der großen Zukunftsdebatte wird es darum gehen, ob *Labour* sich dem europäischen Sozialmodell annähern, die Märkte unter strengere Aufsicht stellen und eine im Wesentlichen europäische Haltung zu Verteidigung und globaler Sicherheit einnehmen wird. Es spricht vieles dafür, dass ein solcher Ansatz bei den Wählern gut ankommen würde und eher dem entspricht, was sie sich nach dem Irakkrieg von 2003 und der weltweiten Wirtschaftskrise im Herbst 2008 wünschen. Aber das würde auf eine entschiedene Ablehnung des von *New Labour* unter der Führung von Tony Blair und Gordon Brown eingeschlagenen sogenannten »Dritten Weges« hinauslaufen.

## 2. Aktuelle Situation

### Die Wahlen von 2010

Bei den Parlamentswahlen von 2010 erhielt die *Labour Party* 29,1 Prozent der Stimmen. Das ist ihr zweitniedrigstes Ergebnis bei Parlamentswahlen seit dem Ersten Weltkrieg und verringert die Zahl ihrer Abgeordneten im Unterhaus auf 258. Im Vergleich zu 2005 verlor *Labour* fast eine Million Wählerstimmen.

Aus Meinungsumfragen geht hervor, dass das wichtigste Wahlkampfthema die Wirtschaft war (32 Prozent), gefolgt vom Gesundheitswesen (26 Prozent),

der Bildung (23 Prozent), Asyl und Immigration (14 Prozent), Steuern (zwölf Prozent) und Arbeitslosigkeit (elf Prozent) (IPSOS MORI 2010).

Die vorherrschende Frage war in der Tat, wie schnell die jeweilige Partei versuchen würde, das strukturelle Defizit Großbritanniens zu beseitigen, das derzeit bei 12,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt. Die Konservativen kündigten an, unabhängig vom Gesamtzustand der Wirtschaft nach der schwersten Weltwirtschaftskrise seit über 80 Jahren sofort Kürzungen einzuführen. *Labour* und die Liberaldemokraten waren dagegen der Ansicht, dass es schaden würde, zu schnell mit Sparmaßnahmen auf die Krise zu reagieren, und dass stattdessen eine weitere Ankurbelung der Konjunktur notwendig sei, um den Aufschwung nicht gleich wieder einzudämmen. Aber auch *Labour* versprach, die Defizite innerhalb von vier Jahren zu halbieren, was jedoch in erster Linie durch Einkommensteuererhöhung für Besserverdiener erreicht werden sollte.

Das Vertrauen in die wirtschaftliche Kompetenz Großbritanniens war sicherlich entscheidend für den Wahlausgang. Diese Situation war schwierig für die *Labour*-Regierung, da sie im Amt war, als die Finanzkrise im Herbst 2008 ausbrach. Die Leistung der britischen Wirtschaft ging anschließend in sechs aufeinanderfolgenden Quartalen zurück, während gleichzeitig die Arbeitslosenrate und die Insolvenzen stark zunahmen. *Labour* konnte jedoch den Vorsprung der Konservativen in Sachen Wirtschaftskompetenz im Verlauf des Jahres 2009 mit dem Argument etwas verkleinern, ihre Finanzpolitik habe Arbeitsplätze gerettet und den Lebensstandard geschützt.

Bis Mai 2010 lagen die beiden Parteien dann bei der Frage nach wirtschaftlicher Kompetenz gleichauf, obwohl *Labour* in den drei vorhergehenden Wahlen einen erheblichen Vorsprung verzeichnen konnte. Nach 13 Jahren an der Regierung lief *Labour* aber auch Gefahr, der Amtsmüdigkeit bezichtigt zu werden: Im Mai 2010 stimmten 76 Prozent der Wähler der Ansicht zu, Großbritannien brauche eine »frische Regierungsmannschaft« (IPSOS MORI 2010).

*Labour* hatte es 1997 geschafft, eine breite Wählerschaft für sich zu gewinnen und 44 Prozent der Stimmen zu sichern. Diese breite Wählerschaft ist im Jahr 2010 auseinandergebrochen: Die größten Stimmenverluste erlitt *Labour* bei den Wählern aus

mittleren und niedrigen Einkommenschichten. Während 2005 noch 43 Prozent der Facharbeiter *Labour* gewählt hatten, hat sich diese Anhängerschaft 2010 mit 23 Prozent fast halbiert. Die Partei verlor insbesondere im Süden und Südosten Englands an Rückhalt, wo sie nur noch zehn von 210 Parlamentssitzen gewinnen und 16 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte.

Eine erste Analyse hat die schlechten Wahlergebnisse der *Labour Party* von 2010 vor allem einem Stimmenverlust bei den aufstrebenden »Britten der Mittelschicht« zugeschrieben. In den letzten fünf Jahren haben starke globale Wirtschaftskräfte die Löhne und Gehälter gesenkt und die Lebenshaltungskosten erhöht, wodurch das Gefühl der Frustration und die Verstimmung über Themen wie Immigration und eine Sozialhilfereform sich verstärkten. Während es der *Labour Party* 1997 mit dem Versprechen, wirtschaftliche Effizienz mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, noch gelungen war, sowohl den sozialen Aufstieg anstrebende Wähler für sich zu gewinnen als auch ihre Stammwähler zu mobilisieren, brach diese Wählerkoalition im Jahr 2010 auseinander.

### 3. Die Leistungen der Labour Party als Regierungspartei

Wohin *Labour* als nächstes steuert, hängt wohl maßgeblich von der Bewertung ihrer Regierungsarbeit seit 1997 ab. In den Augen derjenigen, die wollen, dass *Labour* zukünftig ein radikaleres Programm verfolgt, das eher im Einklang mit traditioneller Sozialdemokratie steht, wurden gerade 13 Jahre verschwendet. Die *Labour*-Regierungen unter Tony Blair und Gordon Brown hätten die einmalige Gelegenheit gehabt, die sich seit Margaret Thatchers erster Amtszeit (1979–1983) herausgebildeten sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten rückgängig zu machen, den Wohlfahrtsstaat und die staatlichen Dienstleistungen wieder aufzubauen und eine gerechtere und gleichere Gesellschaft zu gestalten.

Kritische Stimmen bemängeln, die Regierung habe eine Gelegenheit zum Richtungswechsel ungenutzt verstreichen lassen. Sie werfen der Partei vor, die Grundsätze des Marktliberalismus einfach zu akzeptieren und innerhalb der von Thatcher festgesteckten Rahmenbedingungen zu regieren statt entschieden mit diesen zu brechen. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Tatsache, dass man bereit gewesen sei, den Vereinigten

Staaten in einen Krieg gegen den Terror im Irak und in Afghanistan zu folgen, der die westliche Welt auf gefährliche Weise gespalten habe.

Diejenigen, die *New Labour* wohlgesonnener sind, fechten diese Sichtweise energisch an. Ihrer Meinung nach muss *Labour* unabhängig davon, welche Richtung die Partei zukünftig einschlagen wird, auf den Errungenschaften von Blair und Brown aufbauen, statt sie zu verwerfen oder zu verleugnen. Diese Kommentatoren weisen außerdem darauf hin, dass frühere *Labour*-Regierungen wie beispielsweise die unter Clement Attlee ab 1945 nach ihrer Abwahl eine geraume Zeit lang verunglimpft worden seien. Später sei die Ära Attlee jedoch als die Glanzzeit der Partei gefeiert worden, in der die nationale Gesundheitsversorgung und der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit aufgebaut worden seien. Und genauso werde es nach Meinung ihrer Anhänger mit *New Labour* in zehn Jahren passieren.

Objektiv gesehen ist das Engagement der *Labour Party* für die öffentlichen Dienstleistungen seit 1997 beispiellos in der britischen neuzeitlichen Geschichte. Investitionen in das staatliche Gesundheitswesen haben sich seit Mitte der 1990er Jahre mehr als verdoppelt und liegen jetzt über dem europäischen Durchschnitt. Auch die Mittel für Bildung, Polizei, Strafjustiz und das Verkehrswesen wurden beträchtlich aufgestockt. Zudem sind bei allen öffentlichen Diensten deutliche Leistungsverbesserungen zu verzeichnen. Beispielsweise schnitten englische Schulen in der sogenannten PISA-Studie Anfang dieses Jahrtausends bei den 7- bis 14-Jährigen im Rechnen und Lesen im internationalen Vergleich so gut ab wie nie zuvor.

Die öffentlichen Einrichtungen Großbritanniens sind heute besser, sicherer und leistungsfähiger als noch vor einem Jahrzehnt. Das stete Wachstum der britischen Wirtschaft ging nicht nur mit steigenden Realeinkommen für die Mehrheit und einem Absinken der Arbeitslosenrate auf das niedrigste Niveau aller Zeiten einher, sondern auch mit zusätzlichen Mitteln für Großbritanniens öffentliche Dienste. Kritiker der rechten Mitte argumentierten natürlich, dass zu viel Geld in die Bürokratie geflossen und für die Arbeitskräfte im öffentlichen Sektor verschwendet worden sei, um diese gnädig zu stimmen. Zudem seien die marktorientierten Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen hinsichtlich der Ausweitung des Wettbewerbs und der Auswahlmöglichkeiten nicht radikal genug gewesen.

Zwar wurde die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen auf lokaler Ebene wahrgenommen, aber auf nationaler Ebene waren viele Wähler eher skeptisch, ob *Labour* tatsächlich einen grundsätzlichen Wandel bei den Leistungen der öffentlichen Dienste herbeiführen konnte.

Im Hinblick auf die Beseitigung von Ungleichheiten sind die Errungenschaften der *Labour*-Regierung noch heftiger umstritten. Das politische Ziel war, die Kluft beim Realeinkommen der mittleren und unteren Einkommensschichten zu verkleinern. Dieses Ziel wurde durch Einkommenstransfers und Steuerfreibeträge weitgehend erreicht. Bis 2008/2009 halbierte sich die Zahl der in Armut lebenden Kinder und auch die Zahl der Rentner, die mit sehr niedrigen Rentenzahlungen auskommen müssen, war erheblich zurückgegangen. Insgesamt vergrößerte sich jedoch die Kluft zwischen Arm und Reich in diesem Zeitraum. Dabei wurde insbesondere Kritik daran laut, dass die sehr Wohlhabenden – nach dem sogenannten *Gini-Koeffizienten* – unter *New Labour* sogar noch reicher geworden seien. Diese Kritik verschärfte sich in der Finanzkrise im Herbst 2008, als die Schuld für die Instabilität auf den Finanzmärkten den ungerechten Bonuszahlungen für Banker und FinanzspekulantInnen zugeschrieben wurde.

Am umstrittensten war natürlich Tony Blairs Entscheidung aus dem Jahr 2003, britische Truppen im Rahmen des beginnenden Antiterrorkampfes an der Seite der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen den Irak zu schicken. Diese Entscheidung ist im Zusammenhang mit drei anderen wichtigen Punkten der britischen Außenpolitik zu sehen:

Der erste bezieht sich auf Tony Blairs Bekenntnis zu einem liberalen Interventionismus, wie er es in seiner Rede im April 1999 in Chicago darlegte. Dieser Interventionismus beruht auf dem Argument, dass es legitim sei, sich zur Wahrung des Völkerrechts und zum Schutz fundamentaler Menschenrechte – notfalls auch mit militärischer Gewalt – in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Bei dem zweiten Punkt geht es darum, dass die britische Regierung sich nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 verpflichtet hatte, die USA bedingungslos und unilateral in deren Krieg gegen den Terrorismus zu unterstützen. In dieser Haltung spiegelte sich Großbritanniens Verpflichtung aus der unmittelbaren Nachkriegszeit zu einer sogenannten »besonderen

Beziehung« zu den Vereinigten Staaten wider, die von allen Regierungen, rechten wie linken, geteilt wurde.

Und schließlich nahm trotz Blairs anfänglichem Enthusiasmus für Europa und seines Beharrens darauf, dass Großbritannien »mitten in Europa« stehen müsse, allmählich die Skepsis zu, ob die Europäische Union (EU) in Sicherheits- und Verteidigungsfragen als effektiver globaler Akteur fungieren könne.

Die Europapolitik der *Labour*-Regierung lässt sich vielleicht am besten mit einer eingeschränkten pro-europäischen Haltung beschreiben. Was bei den Briten für Europa sprach, war seit den 1970er Jahren vornehmlich die Wirtschaft und nationale Interessen. Schon aus Prinzip waren nur wenige britische Politiker je bereit, sich mit einem weitergehenden politischen Argument zugunsten Europas zu äußern. In der britischen Debatte gilt Europa als die effektivste Lösung im Kampf um den relativen Wirtschaftsrückgang, wo es kaum eine oder gar keine Alternative zur vollen Beteiligung am sich ausweitenden europäischen Markt gibt.

Diese Argumentationslinie blieb auch unter Tony Blair und Gordon Brown weitgehend unverändert, die es beide vorzogen, in Europa für Großbritannien zu werben, statt in Großbritannien für Europa. Sie waren wohl auch allzu gern bereit, den Europäern Vorträge über die Fehler in der EU und die Ineffizienz der europäischen Wirtschaft zu halten, obwohl das britische Modell deutlich seine eigenen Systemschwächen aufwies, die am anschaulichsten in der globalen Finanzkrise zutage traten.

#### 4. Das langsame Sterben der britischen Sozialdemokratie?

Es scheint drei Faktoren zu geben, die den Erfolg von *New Labour* in der britischen Politik seit den frühen 1990er Jahren erklären (Beech 2009). Zum einen hat *New Labour* im Hinblick auf Wahlen erfolgreich daran gearbeitet, sich als gemäßigte Partei zu präsentieren, die fest in der politischen Mitte verankert ist. Damit gelang es ihr, eine Großzahl von Wählern, darunter die städtische Mittelschicht, anzuziehen, die zuvor die Konservativen unterstützt hatten, während sie gleichzeitig ihre traditionelle Anhängerschaft im Nordosten, Nordwesten, Schottland und Wales weiterhin für sich mobilisieren konnte. *Labour* hatte

sich schließlich als die natürliche Regierungspartei herausgebildet.

Der zweite Faktor war, dass sich *Labour* in der Regierung sehr auf das Erreichen einer Reihe einzelner machbarer Ziele konzentrierte: die Herausbildung wirtschaftlicher Kompetenz, die Einführung bestimmter sozialpolitischer Maßnahmen, wie landesweite Mindestlöhne und Steuerfreibeträge, die Unterzeichnung der Europäischen Sozialcharta, neben größeren strukturellen und institutionellen Reformen auch eine Mittelaufstockung für die öffentlichen Dienste sowie mit der Reform des britischen Oberhauses und der größeren Regionalautonomie für Schottland und Wales einige verfassungsmäßige Neuerungen. Die *Labour*-Regierungen der Vergangenheit waren nach der Wahl in dieses hohe Amt ins Wanken geraten, stolperten von einer Wirtschaftskrise in die nächste und waren nicht in der Lage, ihr großes Ziel – die soziale Gerechtigkeit – auch nur ansatzweise zu erreichen. *New Labour* legte dagegen ihren Schwerpunkt auf glaubwürdige Reformen und die Umsetzung einer Politik, bei der die wirtschaftliche Stabilität nie aufs Spiel gesetzt wurde.

Und schließlich gelang es *New Labour* auch, ihre Gegner wirkungsvoll auszumanchieren und die Konservativen unter William Hague, Iain Duncan-Smith und Michael Howard an den rechten Rand zu drängen. Ein Jahrzehnt lang weigerten sich die Konservativen, sich zu ändern, also das Image loszuwerden und die Politik aufzugeben, die ihnen 1997 eine so bittere Wahlniederlage eingebracht hatte. Das ermöglichte *New Labour* und Tony Blair, die britische Politlandschaft bis nach den Parlamentswahlen von 2005 ununterbrochen zu beherrschen.

Warum also hat *New Labour* dann die Vorherrschaft verloren und aufgehört, eine glaubwürdige wählbare politische Kraft zu sein? Was war geschehen, dass sie bis 2010 das Image eines ernsthaften Anwärters auf die Macht eingebüßt hatte? Es versteht sich von selbst, dass die globale Wirtschaftskrise von 2008 *Labours* Ansehen in Bezug auf ihre wirtschaftliche Kompetenz schweren Schaden zugefügt hat. Nachdem Gordon Brown als Finanzminister ein Jahrzehnt lang Stabilität und Wachstum verbuchen konnte, waren er und seine Leistungen nun ernsthaften Spekulationen und Debatten ausgesetzt. Der Wohlstand, dessen sich Großbritannien seit Mitte der 1990er Jahre erfreut hatte, entpuppte sich immer mehr als Scheinreichtum aus Spekulationsblasen im Immobilienbereich, die nach

der Bankenkrise von 2008 mit drastischen Auswirkungen platzten.

*New Labour* wurde immer mehr mit der Finanzkrise in Zusammenhang gebracht, weil man ihr die Liberalisierung der Aufsicht über den Finanzsektor nach 1997 zuschrieb. Dieses fehlerhafte Wirtschaftsmodell bedeutete, dass die Pläne der *Labour*-Regierung für die öffentlichen Dienste letztendlich wohl auf ebenso maroden Fundamenten basierten. In dieser Version der Sozialdemokratie lieferte ein lebhafter Finanzdienstsektor durch kontinuierliches Wirtschaftswachstum die Mittel für langfristige Investitionen in öffentliche Einrichtungen. Aber nach dem erdbebenartigen Finanzschock im Herbst 2008 brach dieses Wachstumsmodell in sich zusammen, wodurch den öffentlichen Diensten immer mehr Kürzungen drohten, als alle politischen Parteien sich offen für eine finanzielle Konsolidierung und Sparmaßnahmen aussprachen.

Das bedeutete, dass einige ernsthafte Fragen über die Zukunft der Partei und die britische Sozialdemokratie zu dem Zeitpunkt, als *New Labour* sich 2010 zur Wahl stellte, noch nicht beantwortet waren. Was für ein wirtschaftspolitisches Modell würde das in Verruf geratene Engagement auf den globalen Finanzmärkten ersetzen? Wie würde *Labour* in Zeiten von Finanzzwängen weiterhin die staatlichen Dienste verbessern? Wie sollte die Last der Finanzkonsolidierung gerecht verteilt werden, um die Schwächsten der Gesellschaft zu schützen? Und wie sollte die eigene Basis der *Labour Party* angesichts der Auswirkungen der Rezession und des Skandals um die Spesen der Parlamentarier auf die Moral der Parteiaktivisten und Parteianhänger wiederbelebt werden? In der Phase unmittelbar vor der Abwahl der Regierung wurde innerhalb der Partei kaum über diese ideologischen und politischen Fragen diskutiert. Das ließ die Perspektiven für die britische Sozialdemokratie in der Tat sehr düster erscheinen.

## 5. New Labour: Gibt es ein Leben nach dem Tod?

In progressiven Kreisen finden weitreichende Diskussionen darüber statt, in welche Richtung sich *New Labour* entwickeln könnte. Die *Labour Party* braucht ein viel klareres Konzept für die Art von Wandel, die sie in der britischen Gesellschaft herbeiführen will. In den 1950er und 1960er Jahren entwickelte *Labour* das Modell einer egalitären Sozialdemokratie auf der Grundlage der Schriften von Anthony Crosland, der sich wiederum auf

frühere europäische Revisionisten wie Bernstein und Kautsky bezog. Crosland argumentierte, dass es der Zweck von *Labour* sei, eine »gleichere Gesellschaft« hervorzubringen, in der die Ressourcen, Belohnungen und Gelegenheiten gerechter verteilt würden.

Einfach nur die traditionelle egalitäre Ideologie wieder aufzugreifen wird angesichts des grundlegenden Wandels in Westeuropa in den letzten 30 Jahren kaum genügen, sondern es muss in *Labour*-Kreisen zu gründlichen Reflexionen darüber kommen, wie die Partei ihre ideellen Bekenntnisse auf eine Art und Weise verbinden kann, dass sie eine breite Wählerschaft in Großbritannien ansprechen.

*Labour* muss auch die großen strukturellen Dilemmata und Probleme ansprechen und angehen, die sie während ihrer Regierungszeit immer unpopulärer machten. Da ist zum einen die Entscheidung der Regierung, an der Seite der Vereinigten Staaten einen Krieg gegen den Irak zu führen, und die damit einhergehenden Folgen des Antiterrorkampfes, dann die Abneigung gegen die überzogene »Meinungsmache« und das übereifrige Nachrichtenwesen durch das Aufkommen von Sendern, die rund um die Uhr Nachrichten ausstrahlen, und nicht zuletzt die zunehmende allgemeine Politikverdrossenheit, die durch den katastrophalen Zusammenbruch des politischen Vertrauens seit Mitte der 1990er Jahre belegt ist, obwohl es unter *Labour* eine ganze Reihe von Verfassungsreformen gab. Und schließlich muss *Labour* als Antwort auf die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen Großbritannien vermutlich im kommenden Jahrzehnt konfrontiert wird, eine Reihe glaubwürdiger politischer Ziele formulieren. Seit 1997 hat *Labour* viele ihrer herausragenden Ziele erreicht, wie beispielsweise die Festsetzung eines landesweit geltenden Mindestlohns und die Reform des Oberhauses. *Labour* muss aber ein schlüssiges Programm für die Zukunft entwickeln, anstatt sich auf Errungenschaften der Vergangenheit auszuruhen.

In der Zwischenzeit haben sich neue Themen herausgebildet, wie beispielsweise die gravierenden Veränderungen in Bezug auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft und die Entstehung neuer Ängste über die Lebensqualität und die Umwelt. Die Belastbarkeit der Weltwirtschaft wird wohl noch lange eine ernsthafte Sorge bleiben und *Labour* muss einen neuen Ansatz für Wirtschaftswachstum entwickeln, der mit der Notwendigkeit eines nachhaltigen und koordinierten



Handelns in Europa und der ganzen Welt im Einklang steht. Viele der Leitannahmen des Neoliberalismus sind in den letzten Jahren in Verruf geraten, aber sie tauchen in Ermangelung einer deutlichen progressiven oder sozialdemokratischen Alternative ganz von allein wieder auf.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob das Konzept von *Labour* zur Zukunft Großbritanniens beinhaltet, es dem Land zu ermöglichen, wie die anderen europäischen Länder zu werden, mit Verpflichtungen zu sozialen und öffentlichen Dienstleistungen europäischer Prägung, mit einem pluralistischen und dezentralisierten Gemeinwesen sowie mit einer Sicherheits- und Verteidigungsachse, die sich stark an der EU und weniger an den Vereinigten Staaten orientiert. *New Labour* entstand aus dem Wunsch heraus, diese unangenehmen strategischen Entscheidungen zu vermeiden und den sogenannten »Dritten Weg« in der britischen Politik herauszuarbeiten, der falsche Polaritäten hinter sich würde lassen können.

Ob dies als glaubwürdiger Ansatz für die Zukunft gelten kann, ist sehr zweifelhaft. Es stehen wichtige Entscheidungen an, mit denen *Labour* sich ehrlich und kritisch auseinandersetzen muss und für welche die traditionellen Werte der *Labour-Party* einen vielversprechenden Weg weisen könnten. Aber *Labour* steht in nächster Zeit vor einer noch größeren Herausforderung, nämlich dem grundlegenden Wandel der britischen Politik- und Wahllandschaft.

Nach den Parlamentswahlen von 2010 kam es zur ersten Koalitionsregierung in Großbritannien seit 80 Jahren. Darin spiegelt sich das Ende der Zwei-Parteien-Politik und der Aufstieg liberaler, grüner und nationalistischer Parteien wider, die einen immer größeren Anteil der Wählerstimmen absorbieren. Diese Veränderung wird nicht nur das Ende von Regierungen durch Mehrheitswahlrecht bedeuten, sondern auch ein pluralistischeres politisches System einläuten, was einen tiefgreifenden Wandel in der britischen politischen Kultur verspricht.

In der Vergangenheit sah *Labour* ihre Rolle häufig darin, sich eine klare parlamentarische Mehrheit zu sichern, um ein sozialistisches Programm durchzusetzen. Ihr stand nicht der Sinn nach einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien, Bewegungen und politischen Kräften in der Gesellschaft, mit Ausnahme der Gewerkschaften. Es dürfte allerdings jetzt wirklich an der Zeit sein, diese

Denkweise abzulegen, da es sehr unwahrscheinlich ist, dass *Labour* in absehbarer Zukunft in der Lage sein wird, allein die Regierung zu stellen.

Die Koalition stellt für den Status der *Labour Party* in der britischen Politik jedoch eine noch größere Herausforderung dar. Die Konservativen und Liberaldemokraten versuchen, die politische Mitte zu okkupieren, indem sie das Gerüst der progressiven Reform stehlen. Die neue Koalition hat das Versprechen abgegeben, weitreichende Finanz- und politische Reformen durchzuführen und die Schwächsten der Gesellschaft vor den Auswirkungen der Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und Sparmaßnahmen zu schützen. Sie will versuchen, weitreichende Verfassungsänderungen einzuführen, wie beispielsweise eine komplett gewählte zweite Kammer sowie ein Referendum über die Einführung des Präferenzwahlrechts für das Unterhaus.

Ob dies tatsächlich erreicht wird oder nicht, spielt dabei kaum eine Rolle, aber die von dem konservativ-liberaldemokratischen Bündnis signalisierte Rhetorik und das Ausmaß ihrer Ambitionen sollte nicht unterbewertet werden. In der Vergangenheit hat *Labour* sich selbst häufig als die progressive Partei in der britischen Politik begriffen, aber dieser Anspruch wird ihr jetzt entschiedener streitig gemacht als je zuvor. Nach einem Jahrzehnt, in dem die Konservativen die politische Mitte der britischen Politik geräumt hatten, sind sie jetzt wieder da und wollen unter der Führung von David Cameron eine Revanche. *Labour* unterschätzt diese Entwicklung zu ihrem eigenen Schaden.

Lässt man derartige Wahlstrategien beiseite, sehen sich *Labour* und die britische Sozialdemokratie im Allgemeinen mit sehr ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie die europäischen Mitte-Links-Parteien insgesamt, nämlich angesichts der Realitäten der Globalisierung und der auf Wissen beruhenden Wirtschaft die wichtigste Verpflichtung zu erfüllen, den Lebensstandard und die Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten der mittleren und niedrigen Einkommenschichten zu schützen beziehungsweise zu fördern. Seit 1945 hatte sich die sozialdemokratische Politik einer Umverteilung verschrieben, die auf dem Modell einer keynesianischen Volkswirtschaft beruhte. Bei diesem Modell kamen regulierende und finanzpolitische Maßnahmen zum Einsatz, um Realeinkommen und Arbeitslöhne zu schützen und die Menschen durch einen universellen Wohlfahrtsstaat gegen Lebensrisiken

zu versichern. Das setzte aber eine einheitliche Volkswirtschaft voraus und beruhte auf der Idee, die soziale Demokratie in einem einzelnen Land zu erreichen. Angesichts der Tatsache, dass die Globalisierung zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist und die Unterscheidung zwischen Innen- und internationaler Politik allmählich obsolet wird, ist dies aber kaum noch haltbar.

Das verlangt von den Sozialdemokraten, die internationalistischen Leitvorstellungen wieder aufzugreifen, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts ihre Aufgabe definierten. Die Linke konnte nicht mit Wahlerfolgen von der Wirtschaftskrise profitieren, weil sie keine schlüssige Erklärung zur Globalisierungspolitik abgeben kann. In der Realität stehen die Wähler vor zwei widersprüchlichen Impulsen: Einerseits wollen sie starke Regierungen, die sie vor den wirtschaftlichen und physischen Unsicherheiten schützen, die mit der Globalisierung einhergehen. Andererseits wissen sie Entscheidungsmöglichkeiten und Autonomie zu schätzen und werden immer skeptischer gegenüber der Fähigkeit von zentralistischen Staaten, Arbeitsplätze und Lebensstandards in einer globalen Wirtschaft zu schützen.

Zweifellos herrschen in großen Teilen Europas Ängste vor der Globalisierung. Ursache dafür sind die Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt, der sich von den traditionellen ungelerten Beschäftigungen in der Massenproduktion immer mehr in Richtung hochqualifizierter Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich bewegt. Diese Polarisierung von Arbeitsplätzen und die zunehmenden Ungleichheiten bei den Löhnen sind in allen 27 EU-Ländern verbreitet. Die Sozialdemokraten schießen aber über das Ziel hinaus, wenn sie glauben, dass die Krise einen Ausbau des *big government*, des allmächtigen, sich überall einmischenden Staates, auf Kosten des Marktes legitimiert. Gleichzeitig sind die Wähler bereit zu akzeptieren, dass die nationalen Regierungen sie nicht unendlich lange vor den Kräften der Globalisierung schützen können.

Es besteht sicherlich Bedarf an radikalen Maßnahmen, um die Auswirkungen der Finanzkrise zu bewältigen und die Finanzinstitutionen zu reformieren, deren Praktiken eine übermäßige Risikobereitschaft und Verantwortungslosigkeit förderten, aber die Wähler werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Partei unterstützen, der es gelingt, einen Rahmen der Stabilität und Ordnung zu schaffen, in dem sie ihr

individuelles Leben führen können. Sie sehnen sich nach sicheren Händen, die sie vor übermäßigen Wirren und Risiken schützen. Die Linke in Europa muss sich mit diesem Problem auseinandersetzen, statt es zu verleugnen, was sie derzeit offensichtlich tut.

Zunächst einmal gibt es nicht zwei, sondern drei glaubwürdige Auffassungen von der Rolle des Staates. Eine davon ist die minimalistische *Laissez-faire*-Sichtweise, die in Teilen der neoliberalen Rechten nach wie vor hoch im Kurs steht. Eine weitere ist das eindeutige Eintreten für die Idee eines »zentralistischen Staates« als Garanten für Gleichheit. Die dritte Sichtweise ist die eines Staates mit einer starken strategischen Fähigkeit, der aber dennoch nicht versucht, alles selbst zu lenken. *New Labour* würde dies als einen »befähigenden Staat« bezeichnen.

Dies wirkt vielleicht minimalistischer als es die Situation erfordert. In der Tat muss die strategische Fähigkeit beinhalten, dem Markt Vorschriften zu machen, statt ihn einfach hinzunehmen, wie er ist. Die Sozialdemokraten müssen für den Aufbau eines reformierten »Wachstumsstaates« mit weitaus stärkeren und fokussierteren strategischen Fähigkeiten eintreten. Das geht mit einem ganz anderen Regierungsansatz einher.

Außerdem sollte es nicht zu einem Rückzug aus der Marktwirtschaft à la Jospin kommen. Offene Märkte sind das beste zur Verfügung stehende Mittel zur Ankurbelung von Innovation und Effizienz, was durch die Globalisierung noch verstärkt wird. Allerdings bilden neue Technologien und neue Verbraucher ständig neue Muster an »Gewinnern« und »Verlierern«. Wer gerade die richtigen Qualifikationen hat, wird wahrscheinlich Erfolg haben, während es einen kontinuierlichen Verlust an »guten« Jobs für Arbeiter gibt, da die Unternehmen in neue Märkte investieren und Arbeitsplätze ausgliedern und verlagern.

Schon lange vor der Krise war das Vertrauen ausgehöhlt, dass Wirtschaftswachstum automatisch zu Wohlstand für die breite Bevölkerung führen würde. Während die meisten Sozialdemokraten behaupten, schon immer gewusst zu haben, dass Märkte gute Diener, aber schlechte Herrscher seien, haben sie dies nie so deutlich und ausdrücklich formuliert und die sich daraus für die Politik ergebenden Implikationen nicht vollständig durchdacht. In der harmlosen Phase schienen solche Überzeugungen noch nicht zeitgemäß. Die Revisionisten sahen aber sehr wohl voraus, dass die

fatale Schwäche der Globalisierung nicht die Wirtschaftsdynamik war, die sie in Gang setzte, sondern die Tatsache, dass eine höhere wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit nicht mit neuen Formen einer Weltwirtschaftsordnung einherging.

Angesichts der intellektuellen Hegemonie des Neoliberalismus gab es keinen entscheidenden Anstoß zum Handeln, bevor es sich als zu spät erwies. Und wir können auch jetzt nicht sicher sein, dass die Krise genügend politischen Schub generiert hat, um eine umfassende Reform der Weltwirtschaftsordnung zu garantieren. Aber die globale Finanzkrise hat auf dramatische Weise das sozialdemokratische Plädoyer für einen »aktiven Staat« wieder aufleben lassen.

Es macht natürlich weder Sinn nun die interventionistische Industriepolitik der Vergangenheit zu entstauben noch ist es die Zeit, zu einem Modell des protektionistischen, antieuropäischen, antiglobalen »Sozialismus in einem Land« zurückzukehren. Die Sozialdemokratie darf sich nicht von den dynamischen Stärken einer wirtschaftlichen Offenheit abwenden, sondern muss ganz klar erkennen, dass den Grenzen des Marktes, seinem Misserfolgspotential und den daraus resultierenden Ungleichheiten im öffentlichen Interesse besser entgegengesteuert werden muss.

Das neue Paradigma sollte das einer Steuerung auf mehreren Ebenen sein, in dessen Rahmen eine Regierung durch politisches Handeln auf nationaler, europäischer und internationaler, aber auch regionaler und lokaler Ebene die nötige strategische Handlungsfähigkeit hat, die Kräfte der Globalisierung zu gestalten. Die staatliche Politik gegenüber der Industrie muss sich ändern. Die Sozialdemokraten müssen den Schwerpunkt darauf legen, die richtigen Rahmenbedingungen für Wachstum zu unterstützen, wie Qualifikationen, Wettbewerb, Infrastruktur und Forschung.

Zumindest in Großbritannien ist auch das allein nicht mehr ausreichend angesichts der uns konfrontierenden riesigen Probleme mangelnder wirtschaftlicher Chancen: die lange Zeit der schlechten Leistungen im britischen Bildungssystem und die andauernde Vernachlässigung von Fertigkeiten und Fähigkeiten, die hartnäckig hohen Arbeitslosenraten und die unzureichende Integration einiger Gruppen ethnischer Minderheiten in den Arbeitsmarkt, die regionalen Probleme wirtschaftlichen Niedergangs in Gebieten mit

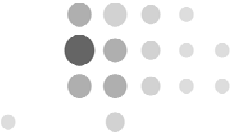
alter Industrie und zu hoher Abhängigkeit von einem Dienstleistungssektor im Niedriglohnbereich.

Das bedeutet einen neuen Anreiz für die Entwicklung sektoraler politischer Maßnahmen, regionaler Spezialisierung und führender Technologien sowie die Anerkennung der Notwendigkeit einer langfristigen Planung im Verkehrs- und Energiewesen zur Bekämpfung des Klimawandels. Natürlich sind in einer neuen Ära industriellen Aktivismus die Subventionen in veraltete Industrien der 1970er Jahre zu vermeiden. Im Wesentlichen bestand die Wirkung der damaligen Rettungspakete darin, die alten Industriestrukturen einzufrieren, in der vergeblichen Hoffnung, sich später auf eine Umstrukturierung einigen zu können, die eine höhere Wirtschaftsleistung erzielen würde. Stattdessen müssen wir von einer angebotsorientierten, aktivierenden Politik zu einer wachstumsfördernden Industriepolitik übergehen, wobei die entscheidende Rolle anerkannt werden muss, die dabei nur die Regierung spielen kann.

Außerdem muss die Sozialdemokratie Geschmack an Mitteln finden, die verantwortungsbewusstes Wirtschaftsverhalten fördern. Dazu gehören beispielsweise eine vernünftige Regulierung auf europäischer Ebene und das Aufgeben von »sich gegenseitig unterbietenden« Regulierungswettbewerben. In Bezug auf die Wirtschaft insgesamt sind mehrer Dinge vonnöten: eine größere Transparenz bei den Spitzenlöhnen, innovative Denkansätze in Bezug auf Eigenverantwortung am Arbeitsplatz zur Steigerung einer schwachen Produktivität, Wettbewerbsgesetze, die von einem Fusions- und Übernahmehaushalt abschrecken, sowie bei der Reform von Unternehmensgesetzen die Festschreibung von mehr Managerverantwortung.

Die Sozialdemokraten müssen ihren Ansatz vom neoliberalen Modell eines »Wettbewerbsstaats« befreien. Aber sie sollten sich auch Albert Hirschmans Standpunkt zu eigen machen, dass die Progressiven sich die Unterstützung für kollektives Handeln im öffentlichen Interesse am besten mit der Erkenntnis sichern, dass staatliche Eingriffe unbeabsichtigte Folgen haben können. Die Staatsmacht hat ihre Grenzen, wie schon John Maynard Keynes in den 1920er Jahren argumentierte.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es nicht, den Staat zu fördern und zu beschützen, sondern ihre Aufgabe ist die Sicherstellung davon, dass der Staat das

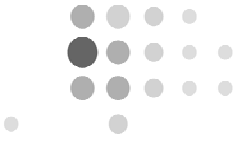


Gemeinwohl und nicht die Eigeninteressen einer Elite fördert. Die Gestaltungsaufgabe der Sozialdemokratie besteht nicht in immer *mehr* Staat, sondern in einem strategisch fähigeren Staat, der die immer komplexer werdenden Netzwerke und Institutionen einer globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft steuern und in sie eingreifen kann.

Das ist die große intellektuelle Herausforderung, vor der die europäische Sozialdemokratie durch die gegenwärtige Krise steht. Auf europäischer Ebene sollte die Sozialdemokratische Partei Europas (PES) zusammen mit parteinahen Forschungs- und Politikinstitutionen in jedem der Mitgliedstaaten eine hochrangige Arbeitsgruppe einrichten, um ein Strategiepapier zur

Sozialdemokratie und zum Staat in der globalen Ära zu erarbeiten. Daran muss sich auch die britische *Labour Party* mit Enthusiasmus beteiligen.

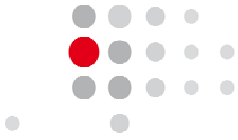
Neben der notwendigen Erneuerung unserer Organisations- und Wahlkampfbasis wird das entscheidend dazu beitragen, der Sozialdemokratie in ganz Europa wieder neues Leben einzuhauchen. Die Sozialdemokraten brauchen natürlich die Menschen in Europa hinter sich, aber die Menschen in Europa brauchen in einer Zeit beispielloser Herausforderungen und Unsicherheiten auch die Sozialdemokratie. Hier ist Eile geboten.



## Literatur

**Beech, M.** (2009): No New Vision? The Gradual Death of British Social Democracy, in: *Political Quarterly* 80 (4): 526–532.

**IPSOS MORI** (2010): *Political Monitor*, nachzulesen unter: <http://www.ipsosmori.co.uk>.



### Über den Autor

**Patrick Diamond** arbeitete als politischer Berater unter der Labour-Regierung des Vereinigten Königreichs. Heute ist er beim Internationalen Think Tank »Policy Network« als Senior Research Fellow beschäftigt. Er veröffentlichte die Publikationen *Beyond New Labour* (zusammen mit Roger Liddle), *Social Justice in the Global Age* (zusammen mit Olaf Cramme) und *Global Europe, Social Europe* (zusammen mit Anthony Giddens).

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248  
<http://www.fes.de/ipa>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)